

BASF

Dieser Artikel wurde für das Themenfeld **Lobbyisten in Ministerien** angelegt. Er enthält bislang nur Informationen über externe Mitarbeiter in Ministerien.

BASF ist der nach Umsatz und Marktkapitalisierung derzeit weltweit größte Chemiekonzern. Weltweit sind etwa 111.000 Mitarbeiter bei der BASF beschäftigt, in Deutschland sind es etwa 50.000. Zu den wichtigsten Produkten des Unternehmens gehören Chemikalien, Kunststoffe, Pflanzenschutzmittel, Biotechnologie und Gentechnik, Öl und Gas. 2011 erzielte die BASF einen Umsatz von 73,5 Mrd. Euro. (Stand 2012)

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

BASF

Rechtsform	Societas Europaea (Aktiengesellschaft)
Tätigkeitsbereich	Chemiebranche
Gründungsdatum	1865
Hauptsitz	Ludwigshafen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.basf.com

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	1
2 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	1
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	1
4 Fallbeispiele und Kritik	2
4.1 Lobbyisten in Ministerien	2
5 Weiterführende Informationen	3
6 Einzelnachweise	3

Kurzdarstellung und Geschichte

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Das Unternehmen ist auf nationaler und internationaler Ebene mit allen relevanten Lobbyverbänden strategisch vernetzt. Während der Entstehung der Chemikalienrichtlinie REACH leiteten Vorstände der BASF zugleich den mächtigen Verband der Europäischen Chemischen Industrie, kurz CEFIC, den deutschen

Verband der Chemischen Industrie (VCI) sowie den einflussreichen europäischen Arbeitgeberverbands UNICE (Union of Industrial and Employers' Confederations of Europe (heute BusinessEurope)). Aktuell, im Jahr 2012, ist der Vorstandsvorsitzende der BASF Dr. Kurt Bock Vizepräsident im VCI und Vorstandsmitglied bei CEFIC. Auch in weiteren extrem einflussreichen Verbänden wie dem Transatlantic Business Dialogue oder dem European Round Table of Industrialists zählt die BASF zu den erlesenen Mitgliedern.

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

BASF hatte Mitarbeiter in mindestens vier Bundesbehörden und somit vielfältige Möglichkeiten, die eigenen Interessen bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen einzubringen. Besonders nützlich war dies dem Konzern bei der Entstehung der europäischen Chemikalienrichtlinie REACH, bei der die BASF einer der zentralen Lobbyakteure war. Ein Manager der BASF arbeitete zunächst in der internen Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission zur Entstehung der Richtlinie mit, behielt aber seinen Arbeitsvertrag mit der BASF. Als das Verfahren auf die nationale Ebene wechselte, wechselte er als externer Mitarbeiter ins Wirtschaftsministerium – und trat im Europ. Parlament als Vertreter des Deutschen Wirtschaftsministeriums auf.

Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[1]
Mitarbeiter	Teilnehmer des Austauschprogramms ^[1]
Bearbeitete Themen	k.A.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[1]
Mitarbeiter	Mitarbeiter/in aus dem Kompetenzzentrum Umwelt, Energie, Sicherheit 'Ökoeffizienzanalyse'
Bearbeitete Themen	Einsatz im Arbeitsgebiet 'Nachhaltiges Wirtschaften', vorrangig betraut mit Corporate Social Responsibility und Instrumenten nachhaltigen Wirtschaftens in Großunternehmen. ^[2]

Zeitraum	01.01.2008 – 31.12.2008 ^[3]
Mitarbeiter	Mitarbeiter/in im Bereich Anlagensicherheit; Planung, Durchführung und Weiterentwicklung von Sicherheitsbetrachtungen, sicherheitstechnische Beratung und Ursachenermittlung bei Schadensereignissen
Bearbeitete Themen	Einsatz im Bereich Anlagensicherheit im Hinblick auf die internationale Zusammenarbeit insbesondere mit China, Russland und UNECE-Mitgliedsstaaten, Referententätigkeit als Informations- und Erfahrungsaustausch

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer, ab Ende 2004 ^[4]
Mitarbeiter	Markus Malangerie, nationaler Sachverständiger bei der Europäischen Kommission für die Chemikalienrichtlinie REACH (Vom VDI bezahlt), davor langjähriger Manager der BASF AG
Bearbeitete Themen	Giftstofftestverfahren für die Chemikalien-Richtlinie REACH; bei Stellungnahmen und Vorträgen u.a. vor dem Europäischen Parlament er wechselseitig als Mitarbeiter der Europäischen Kommission oder Vertreter des Wirtschaftsministeriums auf, ohne dass klar war von wem er seinen Lohn erhielt

In der Einsatzzeit von Mitarbeitern von **BASF**, **LANXESS** und dem **VCI** im BMWi wurde u.a. an folgenden Themen gearbeitet:

- "technische und ökonomische Fragen der Chemikaliensicherheit"
- "Fortentwicklung internationaler Abkommen zum Handel und zur Verwendung von Chemikalien"

Eine konkrete Zuordnung der Mitarbeiter zu bestimmten Aufgaben ist laut BMWi nicht möglich.^[5]

Lobbyisten im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer, mindestens im November 2006 ^[6]
Mitarbeiter	Ein Mitarbeiter
Bearbeitete Themen	Einsatz in der Gruppe Koordination der Internetredaktion, Berichte über unterschiedliche Themenschwerpunkte

Weiterführende Informationen

Einzelnachweise

- ^{1,01,11,2} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
- [↑] [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Thema "Institutionalisierter Lobbyismus", vom 23.05.2007, S. 3, Zugriff 05.09.2011
- [↑] [Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung \(pdf\)](#), Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008, letzter Zugriff 09.09.2011
- [↑] Adamek, Sascha/ Otto, Kim (2008): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch, S. 180ff.
- [↑] Antwort des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie auf die Frage nach dem Einsatz von Beschäftigten aus Unternehmen und Verbänden im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie von Lobbycontrol vom 21.11.2007, Stand: 01.11.2007

6. [↑ Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011